

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

32. Sitzung

## **Informationsreise nach London**

von Montag, dem 27. März, bis Donnerstag, den 30. März 2006, in London

### **Anwesende Abgeordnete**

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Klaus Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Weitere Teilnehmer**

Minister Rainer Wiegard

Staatssekretär Klaus Schlie

Präsident Dr. Aloys Altmann

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

### **Montag, 27. März 2006**

Am Mittag des Anreisetages wird der Finanzausschuss durch Herrn Wieland, Finanzreferent der **Deutschen Botschaft in London**, begrüßt.

Nachmittags führt Gesandter Blomeyer-Bartenstein - unterstützt durch Frau Herkes, Leiterin der Wirtschaftsabteilung der Botschaft - den Finanzausschuss in die britische Politik, insbesondere die Finanz-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Europapolitik, ein. Nach dem Wahlsieg von Tony Blair vor einem Jahr werde bei der nächsten Unterhauswahl im Jahr 2009 höchstwahrscheinlich der jetzige Schatzkanzler Gordon Brown für die Labour Party und der 39-jährige David Cameron für die Konservativen um das Amt des Premierministers kämpfen.

Die Wirtschaftsdaten des knapp 60 Millionen Einwohner zählenden Vereinigten Königreichs seien relativ positiv; die Arbeitslosigkeit liege nicht zuletzt aufgrund eines flexiblen Arbeitsmarktes nur bei rund 5 %. In der Europapolitik setze sich Großbritannien für eine möglichst alle europäischen Staaten umfassende und wirtschaftlich potente EU ein; den Euro als gemeinsame Währung oder gar eine europäische Verfassung lehne das Königreich ab. Wesentliche Herausforderung der britischen Politik bleibe die Balance zwischen den europäischen und den transatlantischen Interessen.

Innenpolitisch sei die Modernisierung der öffentlichen Dienste (Bildungs-, Gesundheits- und Transportwesen) die zentrale Aufgabe. Bedauerlich sei, dass nur noch 2 % der britischen Abiturienten die deutsche Sprache lernten; umso bedeutender seien eine Intensivierung des Jugendaustausches und die bevorstehende Fußballweltmeisterschaft in Deutschland.

Abends nimmt der Ausschuss an einer Vernissage des Künstlers Florian Balze in der Residenz der Deutschen Botschaft teil.

**Dienstag, 28. März 2006**

Nach einer Führung durch die Londoner City, insbesondere das Finanz- und Bankenviertel, sowie die Houses of Parliament führt der Finanzausschuss in der Bank of America Gespräche über die wirtschaftliche Entwicklung Großbritanniens und Konsequenzen für Deutschland.

Herr Dr. Dombret stellt einleitend die **Bank of America**, die zweitgrößte Universalbank der Welt, vor.

Sodann berichtet Herr Schlichter, Leiter des internationalen Geschäfts mit Zinsprodukten von Western Asset Management Company, über die **Vorteile des Finanzplatzes London** (Tradition als Bankenplatz und historische Ursachen, Zeitzone, englische Sprache, rechtzeitige Deregulierung, Liberalisierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes). 600.000 Menschen arbeiteten in der Londoner City. Die Einkommen der im Finanzbereich Beschäftigten orientierten sich am Betriebsergebnis und lägen abhängig vom Erfolg um ein Vielfaches über dem Grundgehalt. Englands Vorsprung sei gerade im Finanzbereich enorm groß. Demgegenüber seien die Staatsquote, strukturelle Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung in Deutschland unverändert hoch. Durch nachholende Liberalisierung müsse Deutschland seine wirtschaftliche Stellung behaupten. Doch beim Finanzplatz sei der Zug für Deutschland abgefahren; bei der Börsenlandschaft sei der Zug für Frankfurt noch nicht abgefahren.

Auch Herr Schmieding, Europa-Chefvolkswirt der Bank of America, hebt die Schwächen Deutschlands hervor: Konsequenzen der Wiedervereinigung, hohe Arbeitslosigkeit, Lohnkostennachteile wegen zu hoher Lohnnebenkosten, kompliziertes Steuerrecht und vor allem fehlende Flexibilität des Arbeitsmarktes (das Handout der Power-Point-Präsentation liegt den Ausschussmitgliedern vor). In Großbritannien gebe es einen ausgeprägten Niedriglohnsektor. Qualifizierung finde im Wesentlichen „on the job“ statt. Der Mindestlohn von 7,20 € in Großbritannien mute recht hoch an; in Deutschland müsste ein vergleichbarer Mindestlohn allerdings unter 5 € liegen, damit die Gesamtbelastung für die Arbeitgeber ähnlich wie in Großbritannien sei. Das Nettovermögen liege im angelsächsischen Raum deutlich höher als in Deutschland; die Verschuldung der privaten Haushalte korrespondiere mit einem Anstieg der Vermögenswerte.

Nachmittags führt der Ausschuss in der Deutschen Botschaft ein Gespräch zur britischen **PKW/LKW/City-Maut** mit Herrn MacGregor von T-Systems UK. Herr MacGregor teilt mit, die Maut sei in der Londoner City im Jahr 2003 eingeführt worden und betrage derzeit 8 £ pro

Tag. Die Einführung der so genannten Congestion Charge habe zu einem Drittel weniger Staus und weniger PKWs, zu 20 % weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß und zu einer über 50-prozentigen Erhöhung des öffentlichen Verkehrs geführt. Die jährlichen Nettoeinnahmen von 150 Millionen £ würden in die zusätzliche Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs, bisher vor allem in neue Busse, investiert. Das System werde von der Londoner Bevölkerung im Wesentlichen akzeptiert und unterstützt.

Auf Nachfragen aus dem Ausschuss weist er darauf hin, dass die laufenden Kosten 50 % der Einnahmen aufzehrten und das mit Kamertechnik überwachte System zu 20 bis 30 % mit Fehlern behaftet sei. Ziel sei es, in den nächsten Jahren die Mautzone auf ganz London auszuweiten und das System auf eine neue Technologie ähnlich wie Toll Collect umzustellen.

### **Mittwoch, 29. März 2006**

Am Vormittag führt der Ausschuss im **House of Lords** ein Gespräch mit Lord Grenfell, Vorsitzender des EU-Komitees, und Lord Radice, vorwiegend zu europapolitischen Fragen. Im Laufe des Gesprächs werden unterschiedliche Auffassungen zwischen Großbritannien und Deutschland zur EU-Erweiterung, zum EU-Haushalt, zur Strukturförderung, zur EU-Verfassung, zum Euro und zum Irak-Krieg deutlich.

Nachmittags informiert sich der Ausschuss im britischen Finanzministerium über Erfahrungen auf dem Gebiet Public Private Partnership/Private Finance Initiative. Bei PPP- beziehungsweise PFI-Projekten geht es nach den Worten von Herrn Uddin um den vertraglich vereinbarten Kauf des Staates von spezifischen Dienstleistungen von privater Seite auf langfristiger Basis, um Infrastrukturprojekte zu realisieren (Bau von Schulen, Krankenhäusern, Straßen). Der Vorteil für beide Seiten sei, dass die Kosten vertraglich geregelt seien und feststünden. Das wirtschaftliche Risiko liege vollständig auf der privaten Seite. Bisher sei in Großbritannien kein PPP-Projekt gescheitert. In den britischen Haushalt würden mehr als 26 Milliarden £ für 200 Projekte in den nächsten fünf Jahren eingestellt. PFI lohne sich erfahrungsgemäß erst für Projekte ab einer Größe von 20 Millionen £. Ein PFI-Projekt müsse Effizienzgewinne bei den Kosten erbringen, die für den Staat konstant seien. Zu näheren Informationen verweist Herr Uddin auf die Homepage [www.hm-treasury.gov.uk](http://www.hm-treasury.gov.uk) und die Broschüre des Finanzministeriums vom März 2006 „PFI: strengthening long-term partnership“.

Nachmittags vertieft der Ausschuss das Thema Public-Private-Partnership-Projekte mit Herrn Böde, Finanzdirektor von Hochtief PPP Solutions (UK), und Herrn O’Flaherty von NIB Capital (die entsprechende Präsentation liegt den Ausschussmitgliedern vor). Als Risikomanager hätten die Unternehmen ein Interesse an langfristig stetigen Einkünften aus gesicherten Verträgen. Entscheidend seien die mit dem Vertragsabschluss garantierten, fixierten Preise. PPP biete gegenüber der konventionellen Anschaffung Kostenvorteile, weil Hochtief beispielsweise viele Schulen baue und das daher besser und preiswerter könne als andere. Ein PPP-Projekt lohne sich erfahrungsgemäß, wenn die Kosten eine Summe von 30 Millionen € bis 50 Millionen € überstiegen und mindestens 15 % unter denen nach traditioneller Rechnung lägen. In Großbritannien stünden circa 30 Unternehmen für PPP-Projekte zur Verfügung - abgesichert durch Bankbürgschaften in Millionenhöhe und ausgestattet mit dem entsprechenden Know-how -, die wiederum Aufträge an kleinere Firmen vergäben.

St Schlie bietet in diesem Zusammenhang an, den Ausschuss über das PPP-Projekt Bau des Gymnasiums Schwarzenbek zu informieren.

Am späten Nachmittag stellt Herr Berger, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der HSH Nordbank in der London Branch der HSH die Geschäftsentwicklung der Bank vor. Entscheidend für den Erfolg der **HSH Nordbank** sei die regionale Verankerung und auf dem internationalen Sektor die Spezialfinanzierung in den Bereichen Schiffbau, Immobilien und Transport. Die Eigenkapitalstruktur müsse - auch durch die Wandlung stiller Einlagen - weiter verbessert werden. Im vergangenen Geschäftsjahr seien alle Erträge um insgesamt 7,9 % und die Aufwendungen um 11 % gestiegen. Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge habe um 5,5 %, das wirtschaftliche Ergebnis nach Risikovorsorge um 23 % gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden können. Nach dem im Personalkonzept vorgesehenen Qualifizierungsbedarf für 500 Beschäftigte würden etwa 200 bis 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter qualifiziert, für die verbleibenden müssten andere Lösungen gefunden werden. Insgesamt arbeiteten für die HSH Nordbank 4.500 Beschäftigte, 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ausländischen Niederlassungen.

Herr Duden, bis März 2006 General Manager der London Branch, bekräftigt die Geschäftspolitik der HSH Nordbank anhand der London Branch, in der 100 Beschäftigte tätig seien: Fokussierung auf das Nischengeschäft und Nutzung der Standortexpertise zum Vorteil der Gesamtbank.

M Wiegard bekennt sich im Namen der Landesregierung zu der Haltevereinbarung, die der HSH Nordbank geholfen habe. - Herr Berger hält den „Owner Support“ auch in Zukunft für wichtig.

Donnerstagmittag, 30. März 2006, fliegt der Ausschuss zurück nach Deutschland.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer